

Protokoll

über die

Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-Niederösterreich

am: Donnerstag, dem 11. November 1976

im Gemeinderatsitzungsaal

Beginn: 19,00 Uhr

Ende: 21,45 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister Ewald Biegelbauer als Vorsitzender
(bei Behandlung des Pkt. 48 wegen Befangenheit abwesend)

1. Vizebürgermeister Franz Pruckner
(bei Behandlung des Pkt. 48 als Vorsitzender)

2. Vizebürgermeister

Stadträte:

Anton Kirchner ab Pkt. 3
Ehrenfried Teufl
Johann Scharitzer
Rudolf Tüchler
Franz Todt
Ludwig Stocker

OInsp. Franz Rupprecht bis Pkt. 34
Franz Zeugswetter
Ing. Ewald Mengl
Josef Hölzl
Karl Haider

Gemeinderäte:

Alfred Dirnberger
Josef Poinstingl
Otto Weissinger
Anton Weißenhofer
Johann Wagner
Franz Müllner
Ludwig Löschenbrand
Engelbert Wagner ab Pkt. 3
Ing. Roland Kapfinger ab Pkt. 3
Leopold Koppensteiner

Adalbert Weissensteiner
Johann Hackl
Rudolf ABfall
Peter Kastner
w.AR. Anton Koller
Emmerich Temper
Gerhard Felbermayer
Franz Messerer
Johann Zwölfer
Josef Hacker

GR. Johann Kerschbaum
GR. Edeltraud Schneider
GR. Dr. Edgar Rosenmayr

Entschuldigt waren:

GR. LAbg. Alfons Bernkopf

Nicht entschuldigt waren:

Die gemeindeordnungsmäßige Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates erscheint ausgewiesen.

Der Gemeinderat zählt 37 Mitglieder, anwesend sind hiervon 33. Die Sitzung erscheint daher beschlußfähig.

Die Sitzung ist öffentlich.

✓ 1. Erweiterung der Tagesordnung

Vor Eingang in die Tagesordnung gibt der Bürgermeister bekannt, daß folgende Dringlichkeitsanträge auf Erweiterung der Tagesordnung vorliegen:

- a) Öffentliche Beleuchtung Waldhams; Auftragsvergabe
- b) Industriepark Zwettl; Prüfung der Errichtung eines Frachtenbahnhofes
- c) Bestellung des Ortsvorstehers Kleinschönau
- d) Resolution an die Bundesregierung bezüglich der finanziellen Situation der öffentlichen Krankenhäuser

Die Erweiterung der Tagesordnung wird

einstimmig beschl

✓ 2. Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 24. September 1976 ist in der Zeit vom 4. Oktober 1976 bis 18. Oktober 1976 zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Mitglieder des Gemeinderates aufgelegt.

Zu diesem Protokoll ist am 25. Oktober 1976 folgende schriftliche Einwendung des Herrn StR. Hölzl eingelangt:

"Am 25. Oktober 1976 wurde vom Protokollprüfer StR. Josef Hölzl festgestellt, daß im Protokoll über die öffentliche Sitzung am 24. Sept. 1976 die Anfrage an den Herrn Bürgermeister, welche vom StR. Josef Hölzl gestellt wurde und die Angelegenheit der Verendung des Gemeindestieres in Kleinschönau betraf, fehlt."

Hiezu wird folgendes festgestellt:

Im § 53 der NÖ. Gemeindeordnung 1973 ist festgelegt, was das Sitzungsprotokoll jedenfalls zu enthalten hat. Es sind dies neben den rein formalen Feststellungen (Tag, Stunde etc.) vor allem:

Die Beratungsgegenstände der Tagesordnung in der Reihenfolge, in welcher sie zur Verhandlung gelangen;

alle in der Sitzung gestellten Anträge und gefaßten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis.

Der von Herrn StR. Josef Hölzl behandelte Gegenstand war als Anfrage formuliert und stellte somit keinen Antrag dar; der Verhandlungsgegenstand bildete aber auch keinen Tagesordnungspunkt, da ein diesbezüglicher schriftlicher Dringlichkeitsantrag zu Beginn der Gemeinderatssitzung nicht gestellt wurde.

In der Nichtaufnahme der Anfrage in das Gemeinderatsprotokoll kann somit kein Verstoß gegen die Bestimmungen der NÖ. Gemeindeordnung erblickt werden.

GR. Koller regt an, in Zukunft einen Tagesordnungspunkt "Allfälliges" vorzusehen.

Der Bürgermeister erklärt hiezu, daß diese Möglichkeit bereits geprüft wird und allenfalls beabsichtigt ist, einen Tagesordnungspunkt "Anfragen" in die künftigen Tagesordnungen aufzunehmen. Diese Möglichkeit soll jedoch erst im Stadtrat vorberaten werden. Über Antrag des Vizebürgermeisters wird das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung

einstimmig genehm

✓ 3. Voranschlag des a.ö. Krankenhauses für das Haushaltsjahr 1977 ✓

Der vorliegende Voranschlagsentwurf enthält folgende Endsummen:

Ausgaben:	S 48,064.000,--
Einnahmen:	S 30,514.000,--
Betriebsabgang somit:	S 17,550.000,--

Unter Zugrundelegung von 59.000 Patientenpflegetagen wird eine Pflegegebühr von S 735,-- und ein Pflegegebührenersatz von S 441,-- ermittelt.

StR. Teufl erläutert die einzelnen Ansätze des Voranschlages und ergänzt bezüglich des Dienstpostenplanes, daß auch für den Leiter der Krankenpflegeschule ein systemisierter Posten vorgesehen wird.

./.

Im Anschluß daran entwickelt sich eine längere Debatte, in der die Stadträte Hölzl u. Haider insbesondere auf die Verminderung der Patientenpflegetage gegenüber dem vergangenen Jahr von 60.000 auf 59.000 hinweisen und den zuständigen StR. Teufl um einen umfassenden Bericht über die derzeitige Situation des a.ö.Krankenhauses Zwettl, insbesondere auch in personeller Hinsicht, ersuchen. Dieser Bericht möge im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erstattet werden. Im übrigen wird der vorliegende Voranschlag des a.ö.Krankenhauses für das Haushaltsjahr 1977 und der Dienstpostenplan mit der oben angeführten Ergänzung (systemisierter Posten für den Leiter der Krankenpflegeschule)

einstimmig genehmigt.

✓ 4. Ehrengabe für ehemalige Bürgermeister ✓

Da das Gesetz über die Bezüge der Mitglieder des Gemeinderates und der Ortsvorsteher, LGBl.1005-1, eine Entschädigung für Bürgermeister, die vor dem 30.Juni 1974 aus dem Amt ausgeschieden sind, nicht vorsieht, hat die NÖ.Landesregierung Richtlinien für die Gewährung einer Ehrengabe an ehemalige Bürgermeister erlassen, wobei es den Gemeinden anheimgestellt bleibt, diese Ehrengaben zu gewähren oder nicht. Entschließt sich die Gemeinde dazu, so werden zwei Drittel der gewährten Ehrengaben vom Land refundiert.

Die Ehrengabe beträgt nach einer Amtszeit von

5 Jahren	S 5.000,--
6 Jahren	S 6.000,--
7 Jahren	S 7.000,--
8 Jahren	S 8.000,--
9 Jahren	S 9.000,--
10 oder mehr Jahren	S 10.000,--.

Bruchteile eines Jahres werden, wenn sie mind. 6 Monate betragen, als ein volles Jahr gerechnet, andernfalls bleiben sie unberücksichtigt.

In der Stadtgemeinde Zwettl steht diese Entschädigung nach den vorstehenden Richtlinien 30 ehemaligen Bürgermeistern zu;

die Summe der Entschädigungen beträgt S 253.000,--;

nach Abzug der vom Land zu refundierenden zwei Drittel entfällt somit auf die Gemeinde ein Betrag von S 84.333,33. Um den Beitrag des Landes beanspruchen zu können, hat jedoch die Gemeinde zunächst den Gesamtbetrag auszuführen.

Der Stadtrat beantragt

- a) die Entschädigung gemäß den Richtlinien der NÖ.Landesregierung vom 25.Mai 1976, GZ.: II/1-1183/13-1976, laut der vom Stadtamt erstellten Aufstellung zu gewähren und
- b) um den Beitrag des Landes noch heuer refundiert zu erhalten, diese Entschädigungen in der Höhe von insgesamt S 253.000,-- nach der Beschlußfassung unverzüglich auszuführen.

Einstimmig genehmigt.

✓ 5. Ehrennadel für OSR Hans Hakala ✓

Der Stadtrat beantragt, Herrn OSR Hans Hakala für sein verdienstvolles Wirken die Ehrennadel der Stadtgemeinde Zwettl zu verleihen.

Einstimmig genehmigt.

✓ 6. Kath.Österr. Studentenverbindung "Lichtenfels" Zwettl; Stromanschluß für Elektroheizung

Die KÖStV "Lichtenfels" hat an die Stadtgemeinde das Ersuchen um Refundierung des Baukostenzuschusses der NEWAG in Höhe von S 7.290,-- (Aufstellung von zwei Elektroöfen in dem von der Gemeinde gemieteten Raum im Rathaus) gestellt.

In dem am 5.April 1974 vom Gemeinderat genehmigten Vorvertrag mit der Studentenverbindung "Lichtenfels" hat sich die Stadtgemeinde verpflichtet, für eine entsprechende Heizungsmöglichkeit aufzukommen.

Der Ausschuß für Verwaltung u. Personal, Schulwesen u. Kultur beantragt daher, dem Ansuchen stattzugeben.

Einstimmig genehmigt.

✓ 7. Flachdachsanieierung Kindergarten Zwettl ✓

Zur Sanierung des Flachdaches des Kindergartens Zwettl liegt ein Angebot der Fa. Robert Felsinger, Wien, vor, demzufolge für die Sanierung zwei Varianten möglich sind:

1. Reflektionsanstrich mit Silberflux, der mit einem Sprühgerät auf die Dachhaut aufgebracht wird S 13.039,--
2. Aufbringen eines porenfreien Bitumendeckstriches und Lagerung und Planierung von Dachriesel in einer Dicke von 4 cm über der vorbereiteten Dachhaut S 31.152,--

Vom Arch. Dipl.Ing. Herbert Hartl wurde die zweite Alternative empfohlen, da diese eine dauerhafte Lösung darstellt.

Der Ausschuß für Verwaltung u. Personal, Schulwesen u. Kultur beantragt daher die Auftragsvergabe an die Fa. Felsinger in der Variante 2 und Durchführung der Arbeiten im Jahr 1977.

Einstimmig genehmigt.

✓ 8. Kindergarten Jagenbach, Wasserversorgung; Parteienübereinkommen nach dem Wasserrechtsgesetz ✓

621 ver

Die Stadtgemeinde Zwettl hat bei der Bezirkshauptmannschaft Zwettl um wasserrechtliche Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser aus einer brunnenartigen Quellfassung auf Parz.Nr. 1018/1 der KG.Jagenbach zur Wasserversorgung des Landeskindergartens sowie einiger Landwirte angesucht. Im Zuge der Festlegung des erforderlichen Quellschutzgebietes wurde mit den betroffenen Grundeigentümern bei der am 15.September 1976 stattgefundenen mündlichen Verhandlung folgendes Parteienübereinkommen gemäß § 111 Abs. 3 WRG 1959 geschlossen:

"Die Stadtgemeinde Zwettl sowie Herr Alois u. Frau Maria Schulner, Jagenbach Nr. 69 und Herr Karl u. Frau Rosa Ertl, Jagenbach Nr. 26 einerseits und die Ehegatten Rupert u. Paula Zwölfer, Jagenbach Nr. 19 andererseits vereinbaren, daß für die Einbeziehung der Parz.Nr. 1018/1 und 1016 der Ehegatten Zwölfer in das engere Schutzgebiet und zwar in der in den Plänen eingezeichneten Form, die drei Erstgenannten an die Letztgenannten eine Entschädigung in der Form leisten, daß sie jedes 3.Jahr den Ehegatten Zwölfer bzw. deren Rechtsnachfolgern animalischem Dünger gleichwertigen Handelsdünger zur Verfügung stellen, sodaß eine Düngung der Grundstücke erfolgt, die der animalischen Düngung gleichwertig ist und diese Grundstücke auch als Acker genutzt werden können sowie bisher. Vorläufig sind die Erstgenannten verpflichtet, jedes 3. Jahr am 1.März den Ehegatten Zwölfer 300 kg Düngemittel Vollkorn rot (derzeitiger Preis pro kg 3,56 S) zu leisten. Den Ehegatten Zwölfer bzw. deren Rechtsnachfolgern steht jedoch das Recht zu, eine andere Form der Düngung zu verlangen, die die Gleichwertigkeit des Grundstücks als Acker mit dem übrigen Acker gewährleistet, selbst wenn dadurch die Kosten für 300 kg Vollkorn rot überschritten würden. Für die Notwendigkeit einer solchen Überschreitung ist jedoch ein Gutachten der Bauernkammer Voraussetzung."

Die Vertreter der Gemeinde haben dieses Übereinkommen vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates geschlossen.

Der Ausschuß für Verwaltung u. Personal, Schulwesen u. Kultur beantragt daher, diesem Übereinkommen zuzustimmen.

Einstimmig genehmigt.

✓ 9. Freiw. Feuerwehr Zwettl; unentgeltliche Stadtsaalbenützung ✓

540 A

Die Freiw. Feuerwehr Zwettl hat ersucht, am 11.Dezember 1976 den Stadtsaal für eine Nachschulung für Funker (Ausbildungsprogramm für den Nachrichtendienst) unentgeltlich benützen zu dürfen.

Der Ausschuß für Verwaltung u. Personal, Schulwesen u. Kultur beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

✓ 10. Verkauf von Gemeindegrund in der KG. Zwettl Stadt an Leo u. Josefina Weber und Johann u. Josefina Schweitzer ✓

92

✓

Die Genannten haben an die Stadtgemeinde Zwettl das Ersuchen gestellt, ihnen ein Teilstück der Parz.Nr. 1125 (zwischen ihrem Grundstück und der

Statzenbergstiege) käuflich zu überlassen.

Der Ausschuß für Forst- und Grundstücksverwaltung beantragt, dem Grundverkauf zu S 70,--/m² im Gemeinderat zuzustimmen; Teilungskosten, Kosten und Gebühren des Kaufvertrages und der grundbücherlichen Durchführung sind von den Kaufwerbern zu tragen.

Da unter der Parzelle ein öffentlicher Kanalstrang verläuft, wäre diesbezüglich das Servitut des Bestandes und der Erhaltung dieses Kanalstranges zugunsten der Stadtgemeinde Zwettl grundbücherlich einzuverleiben. Einstimmig genehmigt.

✓ 11. Gerätehaus Syrnauerfriedhof; Dacheindeckung ✓

Die Dacheindeckung an dem Gerätehaus des Syrnauer Friedhofes wäre dringend zu erneuern; die Kosten belaufen sich laut Kostenvoranschlag der Fa. Sillipp auf S 20.114,20 (inkl. 18 % MWSt.).

Der Ausschuß für Häuser- u. Friedhofsverwaltung u. Elektrizitätsversorgung beantragt die Genehmigung. Einstimmig genehmigt.

12. Gemeindehaus Rudmanns Nr. 8; zusätzliche Vermietung eines Raumes an Frau Hedwig Fischer ✓

Der Ausschuß für Häuser- u. Friedhofsverwaltung u. Elektrizitätsversorgung beantragt, einen im Gemeindehaus Rudmanns Nr. 8 leerstehenden Raum an Frau Hedwig Fischer zu vermieten und einen diesbezüglichen Mietvertrag abzuschließen, der auch den bisher bereits vermieteten Raum einschließt und ab 1. Dezember 1976 wirksam sein soll.

Die Miete beträgt S 3,--/m² exkl. MWSt. Einstimmig genehmigt.

✓ 13. Ankauf von Lichtmasten für die öffentliche Beleuchtung ✓

Die Fa. Karl Aschauer, Zwettl, hat ein Angebot über Kandelabermasten erstellt, demzufolge der Preis pro Mast S 1.250,-- abzüglich 30 % Rabatt (exkl. MWSt.) beträgt.

Der Ausschuß für Häuser- und Friedhofsverwaltung und Elektrizitätsversorgung beantragt, den Ankauf von 8 Masten für die neue Umfahrungsstraße zu genehmigen.

StR. Zeugswetter beantragt in Ergänzung hiezu den Ankauf von weiteren 6 Masten für die öffentliche Beleuchtung (Land).

Der Ankauf von insgesamt 14 Masten wird einstimmig genehmigt.

14. Wohnung im Gemeindehaus Großglobnitz; Vermietung an Gerhard Tod ✓

Gerhard Tod hat um Vermietung der Wohnung im gemeindeeigenen Haus Groß Globnitz Nr. 58 (derzeit von Familie Adolf Höllriegl bewohnt) angesucht.

Der Ausschuß für Häuser- und Friedhofsverwaltung und Elektrizitätsversorgung beantragt, diese Vermietung zu genehmigen und einen entsprechenden Mietvertrag abzuschließen, wobei der Hauptmietzins S 4,--/m² exkl. MWSt. betragen soll. Einstimmig genehmigt.

✓ 15. Anna Jeschko, Hauptplatz Nr. 4; Hundehaltung ✓

^{P27}
_{22/11} Die im gemeindeeigenen Haus Hauptplatz Nr. 4 (Rathaus) wohnende Anna Jeschko hat - entsprechend der im Mietvertrag enthaltenen Bestimmung - um Genehmigung zur Haltung eines Hundes angesucht.

Der Ausschuß für Häuser- u. Friedhofsverwaltung u. Elektrizitätsversorgung beantragt, auf Grund der laufenden Streitigkeiten zwischen den Wohnparteien dem Ansuchen nicht zuzustimmen. Einstimmig beschlossen.

✓ 16. Fa. Wilhelm Böhm, Zwettl; Befreiung von der Lohnsummensteuer ✓

^{94/11}
₂₄ Herr Wilhelm Böhm, Spengler, Kremserstraße 28, Zwettl, hat mitgeteilt, daß er am 1. April 1976 einen Spenglereibetrieb eröffnet hat und derzeit einen Gesellen, zwei Lehrlinge und eine Bürokräft beschäftigt. Er ersuchte, ihm die Lohnsummensteuer für die ersten Jahre zu erlassen.

Der Stadtrat beantragt, diesem Ersuchen aus grundsätzlichen Erwägungen nicht stattzugeben. Einstimmig beschlossen.

✓ 17. Münzfernsprecher Großglobnitz ✓

Die ÖPTV beabsichtigt, in Großglobnitz einen Münzfernsprecher zu errichten. Der Stadtrat beantragt die Übernahme der üblichen Kosten (Fundamentherstellung, Stromzuleitung und Stromkosten) durch die Gemeinde.

Einstimmig genehmigt.

✓ 18. Taschengeld für Krankenpflegeschülerinnen; Neufestsetzung ✓

Mit Erlaß des Amtes der NÖ. Landesregierung vom 27. Juli 1976, GZ.: VII/3-6/III-3/24-1976, wurde die einheitliche Festsetzung des Taschengeldes für Krankenpflegeschüler empfohlen wie folgt:

2. Jahrgang S 781,--, 3. Jahrgang S 1.083,--, 4. Jahrgang S 1.519,--, Schülern des 1. Jahrganges wird kein Taschengeld mehr gewährt.

Der Ausschuß für Sozialhilfe- und Gesundheitswesen beantragt die Genehmigung dieser Richtlinien.

Einstimmig genehmigt.

19. Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Ratschenhof ✓

2070
Infolge der engen Ortsdurchfahrt von Ratschenhof wäre eine Überprüfung angebracht, ob im Interesse der Verkehrssicherheit eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h verfügt werden müßte.

Der Stadtrat beantragt, eine diesbezügliche Klärung durch die Bezirkshauptmannschaft Zwettl als zuständige Behörde herbeizuführen.

Einstimmig genehmigt.

20. Landwirtschaftliche Genossenschaft Zwettl; Bewilligung zur Errichtung einer Straße ✓

Die Landwirtschaftliche Genossenschaft Zwettl beantragte am 26. Mai 1975 die Bewilligung zur Errichtung einer Gemeindestraße, welche die beiden Äste der Galgenbergstraße verbinden soll. Weiters war von der Landwirtschaftl. Genossenschaft Zwettl bei der Obersten Eisenbahnbehörde die Genehmigung der Errichtung einer Anschlußbahnanlage beantragt worden; diesem Antrag wurde seitens des Bundesministeriums für Verkehr mit Bescheid vom 27. Juli 1976, Zl. EB 21 741-2-II/2-1976, unter der Voraussetzung stattgegeben, daß der nördliche Ast der Galgenbergstraße als öffentliche Straße aufgelassen und dafür eine Parallelstraße errichtet und für den öffentlichen Verkehr freigegeben wird.

Nach Durchführung des Ermittlungsverfahrens beantragt der Stadtrat nunmehr, der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Zwettl die Bewilligung zur Errichtung dieser Parallelstraße nach den Bestimmungen des NÖ. Landesstraßengesetzes zu erteilen, sofern diese Straße in das öffentliche Gut übergeben wird.

Einstimmig genehmigt.

✓ 21. Bebauungsplan KG. Moidrams und Rudmanns; Auftragserteilung ✓

Der Ausschuß für Raumordnung u. Planung, Feuerwehr u. Katastrophenhilfe beantragt, die Auftragserteilung an den Architekten zur Erstellung eines Bebauungsplanes für die KG. Moidrams und Rudmanns zu genehmigen.

Einstimmig genehmigt.

✓ 22. Stellungnahme zu gewerbebehördlichen Ansuchen ✓

157-1
Bei der Bezirkshauptmannschaft Zwettl wurden folgende Ansuchen um gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung gestellt:

- a) Museumsverein Schloß Rosenau; Betrieb eines Hallenbades mit Sauna im Standort Schloß Rosenau Nr. 1;
- b) Raiffeisenlagerhaus Zwettl; Genehmigung der gesamten Betriebsanlage auf Grund der Gewerbeordnung 1973;
- c) Ferdinand Fichelbauer, Zwettl; Errichtung einer ölbefeuerten Zentralheizungsanlage, einer Betriebsgarage und einer Haustankanlage für Dieselöl im Standort Zwettl, Kremsestraße (Neubau);
- d) Verband Waldviertler Fleckviehzüchter; Errichtung eines Stalles zur Unterbringung von Zuchtvieh und Kälbern auf Parz. Nr. 1322/2, KG. Zwettl (Erweiterung der Viehversteigerungshalle).

Der Stadtrat beantragt festzustellen, daß durch die vorgenannten Projekte öffentliche Interessen im Sinne des § 74 Abs. 2 Z. 2-5 Gewerbeordnung 1973 nicht beeinträchtigt werden.

StR. Hölzl stellt hinsichtlich des Ansuchens b) fest, daß die Umgebung des Raiffeisenlagerhauses durch Staubentwicklung, insbesondere zur Erntezeit, belästigt werde. Es möge auf die Beseitigung dieses Zustandes gedrungen werden.

Hiezu stellen der Bürgermeister u. StR. Teufl fest, daß seitens der Gemeinde bereits ^{ein}entsprechendes Schreiben an das Raiffeisenlagerhaus gerichtet wurde und daß für die Beseitigung des Mißstandes vom Raiffeisenlagerhaus Zwettl bereits ein entsprechendes Projekt in Erwägung gezogen werde. Die Realisierung werde vom Ergebnis der gewerbebehördlichen Verhandlung abhängen. Ansonsten wird die positive Stellungnahme seitens der Gemeinde

einstimmig beschlossen.

✓ 23. Arbeitskreis für Stadtgeschichteforschung; Beitritt ✓

Der Österr. Arbeitskreis für Stadtgeschichteforschung hat mit Schreiben vom 19. Oktober 1976 um nochmalige Prüfung des Beitrittes der Stadtgemeinde Zwettl gebeten und mitgeteilt, daß seitens der Forschungsgemeinschaft geplant war, in der zweiten Maihälfte 1977 ein internationales Expertensymposium unter Teilnahme von etwa 100 Vertretern aus 10 Ländern Europas in Schloß Rosenau durchzuführen.

Der Stadtrat beantragt, in Würdigung dieses Umstandes den Gemeinderatsbeschuß vom 24. September 1976 aufzuheben und den Beitritt zu genehmigen.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit S 150,-- je 1000 Einwohner pro Jahr. Einstimmig genehmigt.

✓ 24. Gertraud Küssinger, Robert Koller; Grundstücksverkauf ✓

972
St. 16
Frau Gertraud Küssinger, Wien, Rennweg 110, hat um käufliche Überlassung eines Teiles der gemeindeeigenen Parz. Nr. 1596/21, KG. Zwettl Stadt, im Ausmaß von ca. 10 m² ersucht, um eine Zufahrt zu ihrem Grundstück Parz. Nr. 1591 zum öffentlichen Gut schaffen zu können. Ein weiterer Teil dieser Parzelle im Ausmaß von ca. 40 m² könnte zwecks Begradigung der Grundstücksgrenzen an die Anrainer Robert u. Josefa Koller käuflich überlassen werden.

Der Stadtrat beantragt, die beiden Grundverkäufe unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß sämtliche anfallenden Gebühren und Abgaben sowie die Kosten der Vertragserrichtung von den Käufern getragen werden.

Der Preis pro m² beträgt für beide Käufer S 20,--.

Einstimmig beschlossen.

25. Hermann Ledermüller, Dr. Johann Jurenitsch; Überlassung der Parz. Nr. 1158/5, KG. Zwettl ✓

Herr Hermann Ledermüller, Zwettl, und Herr Dr. Johann Jurenitsch, haben um Überlassung der Wegparzelle Nr. 1158/3 zum privaten Gebrauch gegen Entrichtung eines Anerkennungsziues ersucht, um ihn als Zugang zu ihrem Grundstück zu benützen. Es handelt sich hierbei um die im öffentl. Gut befindliche Stiegenanlage, welche von der Friedenssiedlung zur tieferliegenden Propsteigasse führt. Diese Stiege ist seit längerer Zeit abgesperrt und bereits so verwachsen, daß eine Benützung ohne entsprechende Instandsetzungsarbeiten nicht möglich ist. Sie ist im unteren Teil relativ steil ausgebildet, sodaß eine gefahrlose Begehung im Winter kaum möglich sein dürfte. Ein öffentliches Verkehrsbedürfnis ist insofern nicht vorhanden, als beiderseits in zumutbarer Entfernung stadtwärts führende Parallelverbindungen vorhanden sind.

Der Stadtrat beantragt, die genannte Parzelle den Antragstellern unentgeltlich ins Eigentum zu überlassen, sofern sie sich vertraglich verpflichten, alle mit der Wartung und Erhaltung des unter der genannten Parzelle liegenden Kanales verbundenen Arbeiten zu dulden und auf allfällige daraus entstehende Ersatzansprüche an die Gemeinde zu verzichten.

Einstimmig genehmigt.

✓ 26. Entschädigung für Gemeindefunktionäre anlässlich der Teilnahme an Kommissionen ✓

Mit Inkrafttreten des "Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder des Gemeinderates und der Ortsvorsteher", LGBl. 1005-1, ist die seinerzeit vom Gemeinderat beschlossene Regelung über die Entschädigung von Gemeindefunktionären für die Teilnahme an Kommissionen unanwendbar geworden, da gemäß § 2 Abs. 2 des zitierten Gesetzes der mit der Ausübung des Mandates und Amtes verbundene Aufwand als ersetzt gilt. Andererseits besagt § 2 Abs. 3 des Bezugesgesetzes, daß Barauslagen, die im Zusammenhang mit einer Dienstreise entstehen, nach der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, LGBl. 2200, unter Zugrundelegung des Gehaltes des Gemeindebeamten der Gehaltsstufe 1 der Dienstklasse VII des Schemas II der NÖ.GBGO. zu ersetzen sind. Demnach besteht Anspruch auf volle Tagesgebühr von S 235,-- bei Dauer der Dienstreise von mehr als 9 Stunden, auf halbe Tagesgebühr von S 117,50 bei einer Dauer der Dienstreise von mehr als 4,5 bis zu 9 Stunden, auf Kilometergeld von S 2,4 sowie auf Begehungsgeld von S 3,-- pro halbe Stunde Verhandlungsdauer.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung, daß die Teilnahme sämtlicher Gemeindefunktionäre an Kommissionen (auch anderer Behörden), sofern sie vom Bürgermeister angeordnet wird, als Dienstreise zu werten ist und nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 entschädigt wird. Diese Regelung soll ab 1. Jänner 1977 gelten.

Vbgn. Pruckner beantragt, die vorstehende Regelung bereits rückwirkend mit 1. Jänner 1976 in Kraft zu setzen.

Einstimmig genehmigt.

Über Anfrage des GR. Felbermayer erklärt der Bürgermeister, daß eine Entschädigung für Mitglieder des Prüfungsausschusses nach der vorstehenden Regelung aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, da die Tätigkeit dieser Ausschußmitglieder keine Dienstreise darstellt.

27. Garagierung von Kraftfahrzeugen ✓

Der Stadtrat beantragt, die Herrn Alfred Höllrigl, Zwettl, gehörige Garage in der Kremserstraße zur Einstellung von zwei Kraftfahrzeugen um S 800,-- exkl. MWSt. monatlich, ab 1. November 1976 zu mieten.

Einstimmig beschlossen.

28. Wasserversorgungsanlage Schloß Rosenau ✓

Der Ausschuß für öffentliche Einrichtungen (Land) beantragt die Genehmigung der Übernahme der Wasserversorgungsanlage Schloß Rosenau als gemeinde-öffentliche Anlage. Die Übernahme ist kostenlos; die Gemeinde hat ab der Übernahme für die Erhaltung aufzukommen, kann aber nachträglich Anschlußgebühren berechnen und Bezugsgebühren einheben.

Vbgn. Pruckner beantragt weiters die Genehmigung, daß das Gebäude des Schlosses Rosenau von der Anschlußgebühr ausgenommen werden soll und Wasserbezugsgebühren erst ab 1. Jänner 1977 eingehoben werden sollen.

Einstimmig genehmigt.

✓ 29. Bachregulierung Jagenbach; Schlußrechnung ✓

Der Ausschuß für öffentliche Einrichtungen (Land) beantragt, den Betrag von S 43.000,-- der Schlußrechnung der Bachregulierung Jagenbach noch heuer zur Auszahlung zu bringen. Die Deckung im Voranschlag ist vorhanden. Einstimmig genehmigt.

✓ 30. Krankenhausneubau Zwettl; Vergabe von Aufträgen ✓

Der Baubeirat für den Krankenhausneubau Zwettl hat folgende Beschlüsse über die Vergabe von Aufträgen gefaßt und beantragt deren Genehmigung:

- a) Vergabe der abgehängten Decke an den Bestbieter ARGE-Krankenhausneubau Zwettl zum Betrag von S 3.547.406,86 inkl. 18 % MWSt.;
- b) Vergabe des Auftrages für Beleuchtungskörper an den Billigstbieter Fa. Karl Atzler, Wien, zum Anbotpreis von S 3.924.053,42 inkl. 18 % MWSt.;
- c) Vergabe des Auftrages für die Blitzschutzanlage an den Billigstbieter Fa. Neulinger, Zwettl, zum Anbotpreis von S 117.556,91 inkl. 18 % MWSt.;
- d) Vergabe der Kühleinrichtung für die Prosektur und das Medikamentenlager an die Fa. Hauser-Kühlanlagen, Linz, zum Betrag von S 388.904,40 inkl. 18 % MWSt.;

- e) Vergabe der Buffetanlage an die Heiz- und Kochgerätefabrik Küppersbusch zum Betrage von S 225.480,30 inkl. 18 % MWSt.;
- f) Vergabe der Zusatzschalteinrichtungen bei den Aufzügen über Empfehlung der Abteilung B/1-D (F) des Amtes der NÖ.Landesregierung an die Wertheim-Werke zu einem Betrag von S 38.232,-- inkl. 18 % MWSt.;
- g) Vergabe der Beleuchtungskörper für Maschinenräume und Aufzugsschächte an die Fa. Mengl, Zwettl, zum Gesamtbetrag von S 32.469,51 inkl. 18 % MWSt.;
- h) Vergabe von Blitzschutz- und Erdungsanlagen an die Fa. Mengl, Zwettl, zum Betrag von S 130.267,28 inkl. 18 % MWSt.;
- i) Vergabe der Arbeiten zur Weiterführung der Auspuffleitung ab Maschinenraum an die Fa. Siemens AG. Österreich, Wien, zum Betrag von S 91.107,80 inkl. 18 % MWSt.

Vorstehende Auftragsvergaben werden

einstimmig genehmigt.

(Während der Pkte. g) u. h) war GR.Ing.Mengl wegen Befangenheit abwesend.)

✓ 31. Krankenhausneubau Zwettl; Vergabe der med.techn. Einrichtungen ✓

Der Baubeirat für den Krankenhausneubau Zwettl beantragt die Genehmigung der Vergabe der Pos. 6, 7 u. 16 der Leistungsgruppe 10 (Hochfrequenz-Chirurgiegeräte und Sterilfilteranlage) an den Bestbieter Fa. Planimed zum Betrag von S 463.080,-- exkl. MWSt.

Einstimmig genehmigt.

✓ 32. Prüfungsbericht des Prüfungsausschusses ✓

Der Prüfungsausschuß des Gemeinderates hat am 7.Oktober und 14.Oktober 1976 eine Kassen- und Gebarungskontrolle durchgeführt, deren Ergebnis dem Prüfbericht zu entnehmen ist.

GR. Koller erläutert einzelne Punkte dieses Prüfberichtes und ersucht nochmals um Beseitigung der aufgezeigten Mängel.

Der Bürgermeister betont die Wichtigkeit des Prüfungsausschusses und dankt diesem für seine Anregungen. Er erläutert zu den einzelnen vorgebrachten Punkten seine bereits schriftlich abgegebene und den Fraktionen zugekommene Stellungnahme.

Bezüglich des Punktes Sommerfest ersucht er den Gemeinderat um Genehmigung, die anlässlich des Sommerfestes 1976 durchgeführten Arbeitsleistungen von Gemeindebediensteten im Gesamtbetrag von S 96.952,--, welcher aus 746 Normalarbeitsstunden und 170 Überstunden errechnet wurde, nicht vorzuschreiben, da andererseits das Freibad betrieben wird und der Reingewinn des Zwettler Sommerfestes zur Deckung des Abganges dieses Bades verwendet wird.

Diese Vorgangsweise sowie der vorliegende Prüfungsbericht samt Stellungnahme hiezu werden

einstimmig genehmigt.

✓ 33. Öffentliche Beleuchtung Waldhams; Auftragsvergabe ✓

Es wird beantragt, die Arbeiten für die Erweiterung der öffentlichen Beleuchtung in der KG. Waldhams gemäß dem Angebot der Fa. Ing. Mengl, Zwettl, zum Betrag von S 45.040,60 inkl.MWSt. an diese Firma zu vergeben.

Einstimmig genehmigt.

(Während Behandlung des vorstehenden Tagesordnungspunktes war GR.Ing.Mengl wegen Befangenheit abwesend.)

✓ 34. Industriepark Zwettl; Prüfung der Errichtung eines Frachtenbahnhofes ✓

Es wird der Antrag stellt, an die NÖ.Betriebsansiedlungsgesellschaft m.b.H. das Ersuchen zu richten, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die geplante Anschlußbahnanlage beim Raiffeisenlagerhaus Zwettl zu einem Frachtenbahnhof für den Industriepark Zwettl ausgebaut werden kann.

GR. Kastner begründet diesen Antrag im wesentlichen mit der Verbesserung der Infrastruktur, mit der Entlastung des Stadtverkehrs sowie mit dem Umstand, daß hiedurch ein weiteres Argument für die Erhaltung der Bahnlinie sowie ein Anreiz für Betriebsneugründungen geschaffen würden.

Der Antrag wird

einstimmig genehmigt.

✓ 35. Bestellung des Ortsvorstehers Kleinschönau ✓

Da der bisherige Ortsvorsteher von Kleinschönau, GR. Ludwig Löschenbrand, mit Schreiben vom 8.November 1976 seine Funktion als Ortsvorsteher ohne

besondere Agenden mit Wirkung vom 1. Dezember 1976 zurückgelegt hat, schlägt der Bürgermeister vor, Herrn Franz Gutmann, Landwirt, Kleinschönau 10, zum Ortsvorsteher ohne besonderen Agenden zu bestellen.

Einstimmig beschlos

36. Resolution an die Bundesregierung bezüglich der finanziellen Situation der öffentlichen Krankenhäuser

StR. Teufl beantragt, nachstehende Resolution an die Bundesregierung, insbesondere an die Bundesministerien für Finanzen sowie Gesundheit und Umweltschutz zu richten, um die unzumutbar gewordenen Belastungen, die der Gemeinde aus der Deckung des Betriebsabganges der Krankenanstalt sowie im Hinblick auf die außergewöhnlichen finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit dem Errichtungs- und Erhaltungsaufwand der Krankenanstalt entstehen, zu verringern:

"In Anbetracht der unzumutbar gewordenen Belastungen, die den Gemeinden aus der Deckung des Betriebsabganges der a.ö. Krankenanstalten in Niederösterreich erwachsen und im Hinblick darauf, daß die Gemeinden im Zusammenwirken mit dem Land allein für den Errichtungs- und Erhaltungsaufwand dieser Krankenanstalten aufkommen müssen, wird die Bundesregierung aufgefordert,

1. die derzeit völlig unzulängliche Beteiligung des Bundes an der Deckung des Betriebsabganges der öffentlichen Krankenanstalten zu ändern. Es wird erwartet, daß sich der Bund, sowie dies für das Jahr 1975 der Fall war, mit mindestens 28 v.H. beteiligt;
2. gesetzgeberische Maßnahmen mit dem Ziel einzuleiten, daß im Wege einer Änderung des Bundes-Krankenanstaltengesetzes zumindest eine Beteiligung des Bundes im Ausmaß von 30 v.H. am Errichtungs-, Umgestaltungs- und Erweiterungsaufwand erreicht wird und
3. durch geeignete Maßnahmen Vorsorge zu treffen, daß die Träger der Sozialversicherung vom Bund, der gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 11 B-VG für das Sozialversicherungswesen zuständig ist, derart finanziell ausgestattet werden, daß sie imstande sind, unbeschadet ihrer sonstigen Verpflichtungen und ohne zusätzliche Belastung ihrer Versicherten kostendeckende Pflegegebührenersätze für ihre Versicherten an die öffentlichen Krankenanstalten zu entrichten."

StR. Hölzl spricht sich namens der SPÖ-Fraktion gegen diesen Antrag aus und begründet dies im wesentlichen damit, daß die Initiative zu diesem Problem nicht von der Gemeinde auszugehen habe, sondern nur durch Verhandlungen zwischen sämtlichen Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungsträgern geklärt werden könnte. Solche Verhandlungen seien bereits im Gange und deren Ergebnis wäre zweckmäßigerweise abzuwarten.

StR. Teufl betont, daß der gegenständlichen Resolution keine politischen Motive zugrunde lägen, sondern hiefür ausschließlich wirtschaftliche Notwendigkeiten maßgebend wären.

Nach einer weiteren kurzen Debatte wird der Antrag mit

P e r s o n a l e s

Der Bürgermeister beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Über diesen Teil der Sitzung wird ein eigenes Protokoll geführt.

7 Gegenstimmen angenommen.

Einstimmig angenommen

49. A.ö.Krankenhaus; Bericht über die allgemeine Situation ✓
(Fortsetzung des Pkt. 3)

StR. Teufl hält einen umfassenden Bericht über die Entwicklung der Belagszahlen des Krankenhauses und die Situation in personeller Hinsicht.

Die Protokollprüfer:

[Handwritten signatures of the protocol reviewers]



Schriftführer:

[Handwritten signature of the secretary]

Der Bürgermeister:

[Handwritten signature of the Mayor]

Der Vizebürgermeister:

[Handwritten signature of the Deputy Mayor]

Einstimmig zur Kenntnis
genommen.